



Den nächsten Schritt hat die Erweiterung des Recyclingunternehmens GAR in Kastendiek genommen. Betroffen ist unter anderem der Wald unten im Bild.

FABIAN PIEPER (ARCHIV)

# Zähneknirschende Zustimmung

## Bassumer Bauausschuss billigt GAR-Betriebserweiterung

**Bassum** – Selbst nach mehr als drei Stunden Ausschussgeschehens hatte Alfred Krüger noch Redebedarf. Wenn der stellvertretende Vorsitzende der Bürgerinitiative Nordwohld-Fahrenhorst als Besucher einer Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung der Stadt Bassum beiwohnt, bedeutet das in der Regel: Das Recyclingunternehmen GAR mit Sitz in Kastendiek ist an jenem Abend Gegenstand politischer Beratungen. Und der Verlauf des Abends dürfte dem rührigen GAR-Kritiker nicht sonderlich geschmeckt haben: Mit großer Mehrheit empfahlen die Ausschussmitglieder die nächsten Verfahrensschritte des nach Vergrößerung strebenden Unternehmens.

Damit gehen sie den bereits vor einem Jahr im Ausschuss eingeschlagenen Weg weiter. Damals hatte das Gremium mehrheitlich die öffentliche Beteiligung an dem Projekt empfohlen. Die ist notwendig, denn Flächennutzungs- und Bebauungsplan des Betriebsgeländes müssen angepasst werden.

Konkret geht es darum: Die GAR möchte das Betriebsgelän-

de erweitern. Hierzu benötigt sie mehr Fläche. Die hat sie in einem etwa zweieinhalb Hektar großen Waldgebiet im Südwesten sowie in einem etwas kleineren Teil der im Nordosten liegenden Köster-Sandgrube gefunden. Für beide Flächen muss ein Bebauungsplan aufgestellt und für den einst als Ausgleichsmaßnahme angepflanzten Wald zudem noch der Flächennutzungsplan geändert werden.

Die Ergebnisse der öffentlichen Beteiligung stellte Michael Meier vom Oldenburger Planungsbüro NWP den Anwesenden vor. Die offensichtlichste Anpassung: Ursprünglich hatte die GAR vor, auf dem nordwestlichen Teil des Betriebsgeländes eine Windkraftanlage zu errichten. Dieses Vorhaben ist zunächst auf Eis gelegt, um die weiteren Planungen nicht noch weiter zu verzögern, so Meier.

Darüber hinaus waren zig Einwände gegen die F-Plan-Änderung eingegangen, viele davon von der Bürgerinitiative. Sie weist etwa darauf hin, dass ein Kahlschlag in einem Wasserschutzgebiet nicht zulässig sei. „Die Befreiung vom Verbot

durch den Landkreis ist sicherlich umstritten“, sagte Meier. Dennoch hatte der Landkreis dem zugestimmt. Auch weitere Einwände, etwa der Vorwurf fehlender Alternativprüfungen und Einschränkungen der Lebensqualität der Anwohner, hielten den Erläuterungen des Stadt- und Regionalplaners nicht stand. Dieses Spiel wiederholte sich ein weiteres Mal, als er die Einwände gegen den B-Plan vortrug und seine Abwägungen dazu formulierte.

Das auf diese Weise geschnürte Paket gab er der Politik zur Diskussion frei. Anhänger fand das Vorhaben nicht bei den Grünen, für die Christiane Weitzel sagte: „Uns konnte das nicht überzeugen.“ Besonders, dass in die Natur hinein erweitert und ein ganzer Wald gefällt werden soll, sorgte bei ihr für Kopfschütteln. Sie kritisierte den Landkreis dafür, eine Ausnahmegenehmigung erteilt zu haben. Er stelle damit wirtschaftliche Interessen eines Unternehmens vor die Natur. Weitzel: „Mir scheint, dass es keine Tabus mehr gibt!“ Auch Kodjovi Kougblenou (Gemeinsam für Bass-

um) steht auf ihrer Seite. Ihm gehe das Projekt „ein bisschen zu weit“, und er kritisierte den Versuch, Eingriffe in die Natur zu legitimieren.

Zwar sahen auch SPD, Bürger-Block und CDU das gesamte Projekt kritisch. Die Ausführungen der drei stärksten Blöcke im Ausschuss lassen sich inhaltlich allerdings unter dem Titel „notwendiges Übel“ zusammenfassen. „Wir bräuchten eine Alternative“, sagte etwa SPD-Fraktionschef Christoph Lanzendörfer. „Die höre ich nicht.“ Für ihn sei die Angelegenheit eine Abwägung. Denn den dort zu verarbeitenden Müll produzierten noch immer die Menschen. „Niemand macht sich das ganz einfach“, kündigte er zähneknirschend an, mit seiner Fraktion zustimmen zu wollen.

Ganz ähnlich klang auch die Einlassung von Hermuth Straßburg (Bürger-Block). „Ich sehe keine Alternative“, so seine Aussage. Irgendjemand müsse schließlich das beseitigen, was der Mensch hinterlässt. Immerhin, das betonte er, sei „alles gutachterlich und behördlich geprüft“. Dieselbe innere Zerris-

senheit demonstrierte auch Christdemokrat Hans-Hagen Böhlinger. Er erkenne die Einwände an, sagte er, und schob nach: „Die Müllthematik wird immer komplizierter.“ Deshalb lautete auch sein Fazit: „Es ist alternativlos. Wir stimmen dem zu.“ Damit war das Abstimmungsergebnis keine Überraschung mehr: Mit neun Ja- und zwei Nein-Stimmen wurde der F-Plan abgenickt. Der B-Plan erfuhr bei nur einer Gegenstimme und einer Enthaltung sogar noch geringfügig weniger Widerstand.

Und quasi gar kein Widerstand regte sich gegen zwei weitere Projekte. In Nüstedt möchte der Betreiber einer Biogasanlage einen Gasspeicher bauen, um eine flexiblere Nutzung der Anlage sicherzustellen. Die Beschlüsse dazu bekamen vom Gremium ebenso einstimmig grünes Licht wie eine Bebauungsplanänderung im Bassumer Innenstadtgebiet. Dort soll eine bislang ungenutzte Fläche bebaubar gemacht werden. Keine Diskussionen, einstimmige Empfehlung – das ging flott.

FABIAN PIEPER